

Senatsverwaltung für Justiz
und Verbraucherschutz
LdB - 3133/E/160/2015
Telefon: 9013 (913) - 3233

Frau Abgeordnete Anja Schillhaneck (Bündnis 90/Die Grünen)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 17/15562

vom 16. Februar 2015

über Justizvollzugsanstalten als PR-Agenturen für Olympia?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung: Wie aus der Pressemitteilung Nr. 6/2015 vom 13.02.2015 der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz hervorgeht, veranstaltet die Senatsverwaltung eine Werbeaktion für die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Spiele in Berlin am Montag den 16. Februar in Kreuzberg. Hierbei sollen Pfannkuchen 300 Pfannkuchen „im Olympia-Look“ durch den Senator verteilt werden, welche in der Lehrbäckerei in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Tegel gebacken wurden.

1. Wie viel Geld berechnet die JVA Tegel für die Produktion der Pfannkuchen? Aus welchem Etat wird diese Summe bestritten?

Zu 1.: Die Justizvollzugsanstalt (JVA) Tegel berechnet pro Pfannkuchen 60 Cent. Die Summe wird aus dem Etat der Pressestelle/Öffentlichkeitsarbeit bestritten.

2. Welche vertragliche Grundlage zwischen der JVA Tegel und der Senatsverwaltung hat die Produktion? Gab es Sonderkonditionen?

Zu 2.: Die JVA Tegel hat ein Angebot unterbreitet zu den in der vorstehenden Antwort genannten Konditionen. Dabei handelt es sich nicht um Sonderkonditionen.

3. Auf welcher Grundlage wurde die JVA Tegel als Produzent für die Pfannkuchen ausgewählt?

Zu 3.: Die JVA Tegel konnte zusichern, die gewünschte Zahl der Pfannkuchen in der gewünschten Aufmachung zum vereinbarten Preis zu liefern. Zudem hält der Senat den Erwerb von Produkten aus den Werkbetrieben der Justizvollzugsanstalten für wünschenswert, um so sinnvolle Arbeitsmöglichkeiten für Gefangene zu fördern.

4. Wurden andere Angebote als das von der JVA Tegel eingeholt? Gab es eine öffentliche Ausschreibung?

Zu 4.: Es gab eine telefonische Recherche bei anderen Bäckereien. Eine öffentliche Ausschreibung erfolgte nicht.

5. Wie viele Auszubildende arbeiten derzeit in der Lehrbäckerei der JVA Tegel – und in welchem Lehrjahr?

Zu 5.: Derzeit befinden sich 7 Strafgefangene in der beruflichen Ausbildung (24 Monate) in der Lehrbäckerei der JVA Tegel und zwar:

Im 1. Ausbildungsjahr 5 Gefangene (Beginn 1. Februar 2015) und im 2. Ausbildungsjahr 2 Gefangene.

6. Wie hoch ist die Ausbildungsvergütung in der Lehrbäckerei der JVA Tegel im jeweiligen Lehrjahr?

Zu 6.: Als Ausbildungsvergütung erhalten die Gefangenen zunächst die Lohnstufe III (3.061,80 € Jahresgrundlohn). Ihre Vergütung kann bei besonderer Eignung und entsprechenden Leistungen nach der Hälfte der Ausbildungszeit auf Vergütungsstufe IV (3.429,22 € Jahresgrundlohn) erhöht werden.

7. Mit dem Slogan „Wir wollen die Spiele“ wirbt der Senat für die Bewerbung um die Durchführung der Olympischen Spiele. Wie will der Senat dafür sorgen, dass auch die Insassen der Berliner Justizvollzugsanstalten von einer möglichen Durchführung der Spiele profitieren?

8. Wie können die Insassen der Berliner Justizvollzugsanstalten an dem Bewerbungsverfahren partizipieren?

Zu 7. und 8.: Die Inhaftierten profitieren in ähnlicher Weise wie die übrige Berliner Wohnbevölkerung von in Berlin ausgetragenen Olympischen Spielen – zumal ein Großteil der heute Inhaftierten zum Zeitpunkt möglicher Olympischer Spiele nicht mehr in Haft sein wird.

Zur Beteiligung der Berliner Bevölkerung plant der Senat eine Volksbefragung im September 2015 und hat hierzu Mitte Januar einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt (Drucksache 17/2061). Danach soll jede Person teilnahmeberechtigt sein, die am Befragungstag zum Abgeordnetenhaus von Berlin wahlberechtigt ist, somit werden auch wahlberechtigte Inhaftierte Gelegenheit zur Teilnahme erhalten. Die Beteiligung würde entsprechend dem üblichen Verfahren bei Wahlen und Abstimmungen erfolgen.

Berlin, den 26. Februar 2015

In Vertretung

Straßmeir
Senatsverwaltung für Justiz
und Verbraucherschutz